

## Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte

**Veranstalter:** Alexander Gallus, Technische Universität Chemnitz

**Datum, Ort:** 13.06.2019–15.06.2019, Chemnitz

**Bericht von:** Sebastian Schäfer, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz

Ein geschichtspolitisches Diktum der „alten“ Bundesrepublik brachte der Historiker Fritz Rene Allemann einst auf die gängige Formel: Bonn ist nicht Weimar.<sup>1</sup> Angesichts aktueller Herausforderungen der „Berliner Republik“ thematisieren Wissenschaft und Gesellschaft die Frage nach den „Weimarer Verhältnissen“ wieder neu. Zunehmend wird von einer Krise unserer Demokratie gesprochen. 100 Jahre nach Gründung der Weimarer Republik wagte die Tagung an der Technischen Universität Chemnitz schließlich den Blick in die Vergangenheit zu Fragen gegenwärtiger Relevanz: Welchen Platz hat Weimar innerhalb der deutschen Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur? Wie entstehen Demokratien in schwierigen Zeiten und wie werden sie er- und gelebt? Welchen Herausforderungen unterliegen sie und wie lässt sich ihre Existenz sichern? Gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung und in Verbindung mit „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ diskutierten namenhafte Forscherinnen und Forscher ein von Widersprüchen gezeichnetes Bild der ersten deutschen Demokratie jenseits der einfachen Kategorisierung von Erfolg und Scheitern.

Einleitend sprach sich ALEXANDER GALLUS (Chemnitz), so sehr er die nicht aufheb- bare Ambivalenz des Weimar-Vergleichs betonte, für eine positivere Reintegration der Weimarer Republik in die Kontinuität der deutschen Geschichte aus, ohne jedoch unkritisch eine „Demokratiegloriole“ um sie zu binden.

Eröffnet wurde die Tagung mit einem Vortrag von JÖRN LEONHARD (Freiburg), der die multipolare Offenheit des Übergangs von 1918/19 betonte.<sup>2</sup> Ein deutscher Sonderweg suggeriere Kontinuitätslinien und verkürze die Sicht auf einen viel offeneren historischen Moment. Weimar müsse von seiner histori-

schen Determiniertheit befreit werden. Die Geschichte der Zwischenkriegszeit war mehr als eine reine Vorgeschichte des Nationalsozialismus. Will man die Weimarer Republik als Ort der Demokratie verstehen, bedürfe es ihrer Einordnung in die widersprüchliche Komplexität der Nachkriegsordnung, in deren Unübersichtlichkeit nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 viele Entwicklungen möglich schienen. Sich darauf einzulassen und die vielfältigen Kontexte herauszuarbeiten sei eine Herausforderung.

Eine vorsichtige Loslösung von tradierten Erzählmustern setzte bereits in den 1990er-Jahren ein, so MICHAEL DREYER (Jena). Zuvor spielte Weimar in der Geschichts- und Politikerinnerung im Gegensatz zum kulturellen Erbe des Bauhauses kaum eine Rolle. Ein merklicher wissenschaftlicher Revisionismus sei ein Phänomen der letzten zehn Jahre. Zahlreiche Ausstellungen und Tagungen im Umfeld aktueller Jubiläen zeugten von einem Wandel. Wissenschaftliche Erkenntnisse allein reichten jedoch nicht aus, um Weimar tatsächlich zu einem demokratischen Erinnerungsort zu machen. Dreyer plädierte für eine größere öffentliche Präsenz.

Auch CHRISTOPH CORNELIßEN (Frankfurt am Main/Trient) machte deutlich, die Thematik müsse aus der sterilen geschichtswissenschaftlichen Forschung herauskommen und stärker transnational verankert werden. Allerdings brauche es den Blick dafür, wie Weimar im Kontext zu anderen Orten der Erinnerungskultur stehe. Nur so könnten erinnerungspolitische Konjunkturen erklärt werden. Cornelißen betonte die Vielschichtigkeit der öffentlichen Erinnerung und sprach sich für ein breiteres Begriffsverständnis aus, dass die Symbolisierung der Weimarer Jahre in Kunst, Literatur und Musik einschließt.

Wie wirkmächtig die Deutung der Weimarer Republik als dauerhaft instabiles System ist, stellte ANKE JOHN (Jena) anhand der Thematisierung im Geschichtsunterricht heraus. Zwar finde wieder eine ausführlichere Behandlung statt, doch sei diese inhaltlich festgefahren. Das Geschichtsbild vom

---

<sup>1</sup>Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956.

<sup>2</sup>Jörn Leonhard, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018.

---

zwangsläufigen Scheitern könne kaum erschüttert werden, auch wenn es im Zuge gegenwärtiger Krisendiskurse nicht wenige didaktische Versuche gäbe, Weimar neu zu befragen. John beschrieb verschiedene Widerstände, die ein differenziertes Verständnis verhindern; wissenschaftliche Erkenntnisse hätten den Weg in die Schulbücher längst gefunden.

Eine neue Kontroverse kennzeichnete die Debatte um die Novemberrevolution. Während WOLFGANG NIESS (Stuttgart) die Erfolge der Revolution<sup>3</sup> unterstrich und eine positive Rezeption für die Entwicklung der Demokratie herausarbeitete, lenkte MARK JONES (Dublin) die Aufmerksamkeit auf die Gewaltgeschichte<sup>4</sup> am Anfang der Weimarer Republik als Teil des Gründungsprozesses. Dieser Aspekt gehöre in die Erinnerungskultur einbezogen. Weimar sei eben auch ein politischer Gewaltraum gewesen. In der Beschreibung der Gewaltspirale bestand durchaus Einigkeit. Allerdings fällt es schwer, so Jones, diese Republik als Ort der Demokratie zu feiern, betrachtet man den Prozess der Entmenschlichung des (politischen) Gegners. Für Niess hingegen können Völker durchaus einen Teil ihres demokratischen Selbstbewusstseins aus Revolutionen ziehen, selbst wenn diese von Gewalt überwölbt würden. Er betonte die von der Novemberrevolution ausgehenden Fortschritte auf dem Weg zu einer liberalen und sozialen Demokratie in Deutschland.

Dem Bild der Weimarer Republik als Demokratie ohne Demokraten widersprach NADINE ROSSOL (Essex). Republikaner wussten durchaus, ihren Staat zu inszenieren. Die Vorstellung eines republikanischen Repräsentationsdefizits gelte es zu korrigieren, was Rossol anhand der Verfassungsfeiern sowie politischer Symbolik und einem Republikerschutz im Alltag illustrierte. Diese Beispiele zeigten die verschiedenen Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung auf. So konnten Anliegen republikanisch gesinnter Bürger über die „Republikanische Beschwerdestelle“ medienwirksam in die Öffentlichkeit hinein und an staatliche Behörden herangetragen werden.

Im transnationalen Vergleich verwies JOCHEN BÖHLER (Jena) für die Länder Ostmitteleuropas darauf, dass die Region nicht

gewalttätiger gewesen sei als der Westen. Gleichwohl war die parlamentarische Demokratie als neues politisches Experiment ebenfalls von Anfang an mit Krisen konfrontiert, erfolgte der Prozess der Staatsgründung aus der militärischen Praxis heraus. Ethnische Spannungen unterminierten die Stabilität, mündeten aber selten in Ausbrüchen tatsächlicher Gewalt. Hinzu kämen strukturelle Komponenten, die zur Etablierung autoritärer Regime führten. Zwar zeigten sie sich als Bremse für noch radikalere Formen, seien aber zugleich Ausdruck einer Skepsis gegenüber der demokratischen Moderne.

Krisen nicht nur im nationalen Rahmen zu denken, sondern die Weimarer Demokratie europäisch zu kontextualisieren, schärfte das Bewusstsein für Gemeinsamkeiten und Unterschiede im transnationalen Maßstab. Das galt sowohl für Ost- als auch für Westeuropa, wie STEFAN GRÜNER (München) am Beispiel Frankreichs exemplifizierte: Die Stabilität der vierten Republik beruhe im Unterschied zu Weimar auf einer fest verwurzelten republikanischen Tradition, kollektiven Erfahrungen und Werthaltungen. Zudem nahmen Inflation und Weltwirtschaftskrise einen anderen Verlauf. Eine hohe Parlamentsouveränität glied Funktionsschwächen aus und führte zu einer stabilen liberalen Mitte. Schließlich war das Ausmaß an politischer Gewalt deutlich geringer, und die politische Kultur ermöglichte einen Brückenschlag über soziale Schichten und politische Lager hinweg.

BIRTE FÖRSTER (Berlin) erweiterte die transnationale Perspektive um die Geschlechterebene. Die Einführung des Frauenwahlrechts sei als Ergebnis einer langen Arbeit der internationalen Frauenbewegung zu würdigen, weniger der Revolution. Die zivilrechtliche Gleichstellung blieb trotz des Artikels 119 der Weimarer Reichsverfassung (Gleichberechtigung in der Ehe) unerreicht. In den Parlamenten war der Anteil von Frauen zudem abhängig vom Wahlrecht. Der Platz der transnationalen Frauenbewegung in der Demokra-

---

<sup>3</sup> Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, Berlin u. a. 2017.

<sup>4</sup> Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017.

tiegeschichte und die Phase der Erweiterung bürgerlicher Rechte (bis ca. 1930) lägen quer zur Periodisierung der Zwischenkriegszeit: Transnationale Vernetzung, der Kampf um die Einführung des Frauenwahlrechts und zunehmende Professionalisierung begannen bereits um 1900. Für die Weimarer Republik betonte Förster die weiter bestehenden geschlechtergeschichtlichen Forschungslücken.

JENS HACKE (Greifswald) plädierte dafür, Weimar als Möglichkeitsraum für unterschiedliche politische Ideen zu begreifen. Er bewertete die Geschichte der Republik als ein Modell für Krisenbewältigungsstrategien. Dass sie scheiterte, nehme den Demokraten nichts von ihrer Kraft. So gehörten progressive sozialliberale Zielvorstellungen (Moritz Julius Bonn) zum Erwartungshorizont der Zeitgenossen<sup>5</sup>, sahen sie in der liberalen Demokratie keinen Endzweck, sondern die Chance auf die Verwirklichung einer sozialen Demokratie mit rechtsstaatlichen Mitteln. Juristen wie Hermann Heller hätten frühzeitig die existenziellen Gefährdungen erkannt, sie zum Gegenstand der Analyse gemacht sowie Vorformen der Totalitarismustheorie und einer wehrhaften Demokratie (Karl Loewenstein) entwickelt. In der Gesamtschau gelte es, die vom Standpunkt vermeintlicher Überlegenheit her getroffenen Urteile über Weimar als gänzlich gescheiterter Demokratie zu überdenken.

Konnten Ansätze von Wirtschaftsdemokratie und Antitotalitarismus sowie das Nachdenken über Schutzmaßnahmen das Schicksal der Weimarer Republik nicht abwenden, so hatten diese Ideen durch das Exil nach 1945 eine Wirkungsgeschichte. An den Beispielen Willy Brandt, Fritz Bauer und Willi Eichler verdeutlichte ERNST PIPER (Potsdam/Berlin) die Bedeutung der politischen Emigration und deren Beitrag zur Implementierung einer demokratischen politischen Kultur. Das Godesberger Programm beispielsweise knüpfte an die Idee eines ethischen Sozialismus an, die von Kurt Eisner und Eduard Bernstein bereits entworfen worden war und 1921 Niederschlag im Görlitzer Programm fand. Nicht zuletzt über die Gründung der Europäischen Verlagsanstalt blieb das demokratische Erbe Weimars präsent. Zwar verkörperten die politischen Remigranten den posi-

tivsten Teil der politischen Kultur, doch Weimar blieb eine Negativfolie für das Selbstverständnis der „jungen“ Bundesrepublik, so Piper. Dies verstelle bisweilen den Blick auf Leistungen der Demokratie-Adaption durch das Exil.

Wie unbegründet aktuelle Sorgen um Weimarer Verhältnisse schließlich seien, illustrierte MARTIN SABROW (Potsdam). Hinter vordergründigen Parallelen würden sich fundamentale Differenzen verbergen. Der heutige Rechtspopulismus brauche den demokratischen Raum einer angeblichen Mehrheitsgesellschaft, an der er sich reaktiv abarbeite. Anders als in der Zwischenkriegszeit könne er der Demokratie keine bessere und stärkere Zukunftsvision entgegensetzen. Hinzu käme eine stabile Wirtschafts- und Sozialverfassung. So bleibe die Rückkehr der Weimar Furcht und das neue Interesse nicht aus der Sache, sondern aus einem Wandel der Betrachtungsperspektive erklärbar. Das Aufgreifen des Weimardiskurses schließe daher keine historischen Wissenslücken. Vielmehr habe eine neue Demokratieverzählung jetzt einen legitimen Platz für Weimar, um sich der aktuellen Zukunftsoffenheit und Unsicherheit historisch zu vergewissern.

In der Diskussion um das Nachleben des Weimarer Antisemitismus wies STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM (Berlin) für die ersten Dekaden der Bundesrepublik Versatzstücke antijüdischen Denkens nach. Antisemitisches Sprechen in der Öffentlichkeit hatte zwar nachgelassen, sich aber ins Private verlagert und dort konserviert. Auch gewaltsame Angriffe auf Juden haben im Vergleich zur Zwischenkriegszeit abgenommen, doch würden sie derzeit im Zuge muslimischer Einwanderung neu diskutiert. Der Holocaust präge unseren heutigen Blick, auch auf neue Formen des Antisemitismus. Nichtsdestotrotz bleibe er ideologisch konstant. Geändert habe sich die historische Erfahrung und das politische Umfeld: Niederlage, Revolution und Wirtschaftskrise hätten nach 1918 den Übergang vom Wort zur Tat katalysiert. Der Hass und die Gewaltwelle gegen Juden blieb so anschlussfähig an antijüdische Ver-

---

<sup>5</sup> Ewald Grothe / Jens Hacke (Hrsg.), *Liberales Denken in der Krise der Weltkriegsepoche*. Moritz Julius Bonn, Stuttgart 2018.

---

schwörungstheorien der Vorkriegszeit.

Abschließend stellte WOLFRAM PYTA (Stuttgart) die systematische Stellung des Kompromisses für das Funktionieren einer Demokratie und die Rolle von Eliten heraus. Das Austarieren von Interessen sei in der Weimarer Republik stärker durch eine Freund-Feind Dichotomie geprägt gewesen. In Weimar hätten die Eliten keinen Anlass gesehen, um eine demokratische Legitimation zu buhlen. Die Aktivierung traditioneller Kanäle zu wichtigen Entscheidungsträgern erschien aufgrund der eigenen Staatsfixiertheit ausreichend. In der Bundesrepublik hingegen zeichnete sich eine freiwillige Selbstbeschränkung unter das Primat der Politik ab. Vor allem die wirtschaftlichen Eliten hätten den Kompromiss internalisiert und verstünden ihn nunmehr als Königsweg der Politik, weshalb sie heute die größten Verteidiger demokratischer Errungenschaften seien.

Als Beitrag zu einem historisch informierten Demokratiedialog begriff sich zum Abschluss ein Podiumsgespräch, an dem bekannte Wissenschaftler, Autoren, Journalisten und die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz teilnahmen. Der Dialog fokussierte unterschiedliche Krisenerfahrungen aus verschiedenen Lebenswelten. Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Selbstverteidigung, Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement seien nicht zuletzt im Lichte der Ereignisse von Chemnitz im Spätsommer 2018 zentrale Fragen der Demokratiegestaltung.

Die Tagung bilanzierte die Chancen und Risiken eines demokratischen Gemeinwesens. Dabei illustrierte sie die Weimarer Republik als ein janusköpfiges Geschöpf der deutschen Geschichte. Neben seinen Schwächen finden zunehmend auch dessen Stärken wahrnehmbaren Eingang in die Demokratiegeschichte. Die Konferenz konnte Weimar von so mancher Klischeevorstellung befreien und verdeutlichen, dass die Republik mehr Unterstützung erhielt, als gemeinhin angenommen. Das erinnerungspolitische Potenzial bleibe aber weiterhin defizitär, trotz kräftiger Impulse. Die Beschwörung von „Weimarer Verhältnissen“ erscheint dennoch unangemessen. Als Lernort für die Krise der heutigen Demokratie hat sie einiges zu bieten. Schon ihre damaligen Gegner machten Defizite und

Schwächen offenbar. Das historische Vorbild gibt uns Empfehlungen an die Hand, wie mit Risiken und der Fragilität einer demokratischen Ordnung umzugehen ist: Pflege der politischen Kultur und Stärkung ihrer Wehrhaftigkeit im Angesicht einer offenen und unsicheren Zukunft.<sup>6</sup>

### **Konferenzübersicht:**

Alexander Gallus (Chemnitz): Begrüßung und Einführung

Jörn Leonhard (Freiburg): Eine Demokratiegeschichte aus der Erfahrung von Krieg und Niederlage? Die Weimarer Republik und das 20. Jahrhundert der Deutschen

1. Sektion: *Demokratie, Erinnerungskultur, Orte der Demokratiegeschichte*

Moderation: Anja Kruke (Bonn)

Michael Dreyer (Jena): Weimar als Ort der Demokratiegeschichte

Anke John (Jena): Die Weimarer Republik Geschichtsunterricht

Christoph Cornelißen (Frankfurt am Main): Weimar in der deutschen und internationalen Erinnerungskultur

2. Sektion: *Weimar – Die unterschätzte Demokratie*

Moderation: Hans-Georg Golz (Bonn)

Wolfgang Niess (Stuttgart): Eine Revolution als Beginn unserer Demokratie

Nadine Rossol (Essex): Stärken und Schwächen der Weimarer demokratischen Kulturgeschichte

Mark Jones (Dublin): Zur Kulturgeschichte der Gewalt in der Weimarer Republik

3. Sektion: *Demokratie in der Zwischenkriegszeit*

Moderation: Bernhard Schulz (Berlin)

Jochen Böhler (Jena): Demokratien in Ostmit-

---

<sup>6</sup> Das Radio UNiCC startete ab dem 27. Juni 2019 eine neue Programmreihe mit dem Titel „Aus dem Hörsaal“. Die Tagung zur Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte machte den Anfang. In den kommenden Wochen werden jeweils am Donnerstag um 21 Uhr die einzelnen Panels zum Nachhören ausgestrahlt. Zudem stehen sie im Anschluss als Podcast zur Verfügung.

teleuropa im Vergleich

Stefan Grüner (München): Demokratien in Westeuropa im Vergleich

Birte Förster (Berlin): Mitbestimmen. Die Erweiterung staatsbürgerlicher und ziviler Rechte von Frauen im Europa der Zwischenkriegszeit

*4. Sektion: Von der Weimarer zur Berliner Republik*

Moderation: Norbert Seitz (Berlin)

Jens Hacke (Greifswald): Weimar: Ein unterschätztes Modell liberaler Demokratie?

Ernst Piper (Berlin): Das Exil als Transferraum demokratischer Traditionen

*5. Sektion: Ein Hauch von Weimar?*

Moderation: Sven Felix Kellerhoff (Berlin)

Martin Sabrow (Potsdam): Auf dem Weg zu Weimarer Verhältnissen? Zur Gegenwartsbedeutung eines historischen Erzählmusters

Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Antisemitismus vom Wort zur Tat – und wieder zurück?

Wolfram Pyta (Stuttgart): Eliten als Totengräber der deutschen Demokratien? Weimar und Bonn/Berlin im Vergleich

*6. Sektion: Podiumsdiskussion*

Moderation: Bernd-Uwe Schekausk (Halle/Leipzig)

Bernd Faulenbach (Berlin): Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Philipp Hübl (Berlin): Philosoph und Autor

Barbara Ludwig (Chemnitz): Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz

Ijoma Mangold (Berlin): Kulturkorrespondent im Ressort Feuilleton, DIE ZEIT

Tagungsbericht *Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte*. 13.06.2019–15.06.2019, Chemnitz, in: H-Soz-Kult 29.07.2019.